

Jahresbericht der Europäischen Zentralbank 2016

Das Europäische Parlament wird in seiner Februar-I-Plenartagung den Jahresbericht der Europäischen Zentralbank (EZB) für 2016 erörtern. Außerdem steht eine Aussprache über einen Initiativbericht über die Politik der EZB an. Neben Informationen über die Wirtschaft im Euro-Währungsgebiet und die Politik der EZB enthält dieser Bericht auch die Rückmeldungen der EZB zu der Entschließung des Parlaments von 2016 zum Jahresbericht der EZB für 2015.

Hintergrund: Euro-Währungsgebiet, Währungspolitik und Finanzaufsicht

Die wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen waren Anfang des Jahres 2016 von Unsicherheit und erheblichem Deflationsdruck geprägt. Die durchschnittliche jährliche Inflationsrate lag 2016 bei 0,2 % (Kerninflation: 0,8 %) und damit weit unter der Definition der EZB von Preisstabilität, bei der von einer jährlichen Inflationsrate ausgegangen wird, die mittelfristig etwa 2 % beträgt, jedoch nicht mehr. Das Wirtschaftswachstum war von 2,1 % im Jahr 2015 auf 1,8 % im Jahr 2016 gesunken, konnte aber im letzten Quartal an Fahrt gewinnen.

Da es oberstes Ziel der EZB ist, die Preisstabilität zu wahren, erforderte das Deflationsrisiko eine **expansive Währungspolitik**. Im März 2016 senkte die EZB [ihre Leitzinsen](#) und erhöhte die monatlichen Ankäufe im Rahmen des [Programms zum Ankauf von Vermögenswerten \(APP\)](#) von 60 Mrd. EUR auf 80 Mrd. EUR. Gleichzeitig wurden Unternehmensanleihen in das APP aufgenommen und eine zweite Reihe von [gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften \(GLRG II\)](#) eingeführt. Im Dezember 2016 verlängerte die EZB das APP bis Dezember 2017, beschloss aber angesichts des wirtschaftlichen Aufschwungs, die monatlichen Ankäufe ab April 2017 wieder auf das vorherige Niveau von 60 Mrd. EUR zu senken. Im Oktober 2017 wurde das Programm bis September 2018 verlängert, und die monatlichen Ankäufe wurden ab Januar 2018 weiter auf 30 Mrd. EUR gesenkt. Trotz der Bemühungen der EZB zeigt der [harmonisierte Verbraucherpreisindex \(HVPI\)](#), dass die Inflation im Euro-Währungsgebiet verhalten bleibt. Die jüngsten Prognosen der Sachverständigen der EZB (Dezember 2017) gehen von 1,4 % im Jahr 2018, 1,5 % im Jahr 2019 und 1,7 % im Jahr 2020 aus, was der mäßigen Lohndynamik zuzuschreiben sei. Wenn überdies der in den Prognosen angenommene Lohnanstieg (2,4 %) nicht stattfindet, könnte die Inflationsrate noch niedriger sein. Daher möchte die EZB mittelfristig ihre akkommodierende Währungspolitik beibehalten.

In dem [Bericht](#) der EZB werden vier zentrale Risiken für die **Finanzstabilität** im Euro-Währungsgebiet aufgeführt. Die Risiken sind mäßig und liegen im Anstieg der globalen Risikoprämien aufgrund politischer Unsicherheit, der geringen Rentabilität der Banken bei langsamem Wachstum, der Tragfähigkeit der Staats- und Unternehmensverschuldung und Liquiditätsrisiken im Bereich Investmentfonds begründet.

Standpunkt des Europäischen Parlaments

Am 21. November 2017 nahm der Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) des Europäischen Parlaments seinen [Initiativbericht](#) über den Jahresbericht der Europäischen Zentralbank 2016 an. Darin wird betont, dass sich die Unabhängigkeit der EZB in ihrer Rolle als Währungsbehörde der Union in mehr Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit und einer höheren Rechenschaftspflicht gegenüber dem Parlament niederschlagen muss. Im Rahmen des Dialogs zwischen den beiden Organen wird die Rückmeldung der EZB zu der vorherigen Entschließung des Parlaments begrüßt, und es werden Möglichkeiten vorgeschlagen, wie der geldpolitische Dialog verbessert werden könnte. Der Beitrag, den die EZB durch niedrigere Zinssätze und den Ankauf von Vermögenswerten zur Erholung der Wirtschaft geleistet hat, wird gewürdigt. In dem Bericht wird Besorgnis über die Auswirkungen unkonventioneller geldpolitischer Maßnahmen für Privatsparer, Renten- und Versicherungssysteme geäußert und vor Umverteilungswirkungen gegenüber den stärksten Wirtschaftsakteuren wie Großunternehmen oder Anteilseignern von Banken gewarnt. Es wird bedauert, dass



die Inflation immer noch weit unter der Zielvorgabe liegt und sie auch mittelfristig wohl nicht erreichen dürfte und dass das Wirtschaftswachstum und die Arbeitslosenquoten im Euro-Währungsgebiet weiterhin uneinheitlich sind. Das Parlament fordert die EZB auf, in ihren nächsten Bericht Untersuchungen bezüglich der Verteilungseffekte der Geldpolitik sowie eine Analyse der Veränderungen ihres theoretischen Rahmens im Zuge der Krise einfließen zu lassen. Schließlich werden die umfassende Vollendung der Kapitalmarktunion und die Stärkung der Bankenunion gefordert. Auf der Februar-I-Plenartagung soll über den Bericht abgestimmt werden.

Initiativbericht: [2017/2124\(INI\)](#); federführender Ausschuss: ECON; Berichterstatter: Jonás Fernández (S&D, Spanien).